

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Schandau und den Stadtgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 3 Mk., monatlich 1 Mk., durch die Post vierteljährlich 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 12 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Auslande, die Briefträger und die Geschäftsstellen, sowie die Zeitungsboten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.



Anzeigen sind bei der weiten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ vom gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltene Kleinschriftzeile oder deren Raum 25 Pfg., für auswärtige Aufträge 30 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Retkame und Eingefandt die Zeile 75 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postcheckkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindeverbands-Girokonto Schandau 36.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardttsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 175

Bad Schandau, Mittwoch, den 10. September 1919

63. Jahrgang

## Lebensmittel betr.

Die restliche **Butter** auf Lebensmittelkarten von Nr. 1601 ab wird Donnerstag bei **Klemm** ausgegeben.

Schandau, am 10. September 1919.

Der Stadtrat.

## Holzversteigerung.

## Hinterhermsdorfer Staatsforstrevier.

Im Hotel „Sächsischer Hof“ in Sebnitz, Dienstag, den 16. September 1919, vorm. 10 Uhr:

1813 w. Stämme, 31 h., 11832 w. Klöße, Wt. 1 bis 102.

Forstrevierverwaltung Hinterhermsdorf.

Forstrentamt Schandau.

## Bekanntmachung.

Wir geben hiermit bekannt, daß heute der Schuzmann

**Herr Bernhard Richard Porsche**

hier als **Vollstreckungsbeamter** für den Stadtrat zu Schandau in Pflicht genommen worden ist.

Schandau, am 10. September 1919.

Der Stadtrat.

**Volksbücherei** im neueren Schulgebäude, erste Etage. Ausgabe jeden Freitag zwischen 4 und 5 Uhr.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Reichsernährungsministerium und Reichswirtschaftsministerium sind zu einem Amt zusammengelegt worden.
- \* In der ersten Septemberwoche sind insgesamt 14 000 Gefangene aus England und Frankreich zurückbefördert worden.
- \* In ganz Oberschlesien ist zwischen Arbeitgebern und Arbeitern eine völlige Einigung erzielt worden.
- \* Wie der Vorwärts hört, haben sich bereits gegen 400 000 deutsche Arbeiter zum Wiederaufbau Nordfrankreichs gemeldet.
- \* Die Reichskonferenz der Unabhängigen tagt in Berlin, allerdings unter Ausschluß der Öffentlichkeit.
- \* General Lindauer hat im Saargebiet die Versammlungen, in denen das Bekenntnis zum Deutschtum erneut werden sollte, verboten.
- \* Frankreich entzieht den deutschen Bahnhof in Basel und schenkt ihn der Schweiz.
- \* Zwischen Polen und der Ukraine ist ein 36 tägiger Waffenstillstand mit fünfjähriger Kündigungsfrist vereinbart worden.
- \* Zwischen den Polen und den Litauern ist an der Linde Wilna—Dünaburg ein heftiger Kampf ausgebrochen.

## Phantastische Zahlen.

Frankreich gehört zu den Siegern und will in dem Bewußtsein, seinen Lohn verdient zu haben, die Früchte seines Sieges einheimen. Es ist wahr: Frankreich hat außerordentlich viel geopfert und gelitten, hat Tapferkeit und zähe Ausdauer gezeigt. Aber wie sehen die Früchte aus, die nun mit Gewalt von dem Erschöpften genommen werden sollen. Sie sind schwelend und bunt, und appetitlich anzusehen; nur weiß man nicht recht, ob sie Natur sind oder aus Papiermache täuschend nachgemacht sind wie die Früchte im Tieturter Schloß, die Goethe in einer seiner köstlichen Launen für die großherzogliche Tafel hat anfertigen lassen.

Während des Krieges ist den Franzosen oft genug hange geworden. Der Kriegsschlund war unerfättlich, er verschlang Milliarde auf Milliarde. Doch die führenden Staatsmänner trösteten die französische Bevölkerung, dieses Volk der Sparer und kleinen Rentiers, die schon um die Rußland vorgestreckten Gelder bangten und nun zusehen mußten, wie jeder Tag ihre Gelder schluckte und oben drein auch noch die, die ihnen von England und Amerika vorgeschossen wurden — die führenden Staatsmänner trösteten das Volk mit dem Bauderwort: Deutschland wird alles bezahlen. Das verachtete Barbaren-Deutschland war in diesem Zusammenhang ein reiches, arbeitsfrohes, geordnetes und Werte schaffendes Land: ein Quell, aus welchem dem nicht nur siegenden, sondern auch versiegenden Frankreich Abgang und Stärkung kommen werde. Daß dieser Quell ebenfalls allmählich versiegen könnte und müßte, wenn der Krieg lange dauere, daran wollte man nicht denken.

Jetzt beginnen die Franzosen, nachdem sie sich an der Niederlage Deutschlands reichlich heraufschöpfen haben, einzusehen, daß die Rechnung, die man ihnen während des Krieges zur Aufmunterung aufgemacht hat, nicht stimmt. Daher die heftigen Kritiken in der Presse und jetzt in der Kammer an dem Friedensvertrag mit Deutschland, der doch wirklich von uns das Unerhörteste verlangt! Den Franzosen in ihrer Angst, einen Teil der ausgegebenen Gelder zu verlieren, bietet der Gewaltvertrag zu Versailles zu wenig; sie vermissen immer noch ausreichende Garantien. Finanzminister Klotz sah sich deshalb genötigt, der französischen Kammer mit Bittern aufzuwarten, die fast märchenhaft anmuten. Danach würde Deutschland allein an Frankreich nicht weniger als 375 Milliarden zahlen müssen; wenn sich die Bezahlung über 36 Jahre erstreckte, belaufe sich die Summe auf 463 Milliarden. Die Kriegskosten der Alliierten betragen, nach Klotz, 670 Milliarden; bei einer Abzahlung in einer Frist von 50 Jahren müßte Deutschland 1904 Milliarden erlegen, in einer Frist von 100 Jahren 3550 Milliarden. Das ist aber noch nicht alles. Wir müssen ja auch die Pensionen und Hinterbliebenenrenten bezahlen. Rechnet man dies noch hinzu, so hat Deutschland das Vergnügen, rund 4500 Mil-

liarden während der nächsten 100 Jahre als Überschuf — dem zunächst muß es doch auch selbst leben — abzugeben. Das sind natürlich — das gesteht selbst Herr Klotz zu — unbezahlbare Summen, darum habe die französische Regierung Wert darauf gelegt, die Wiedergutmachung aller Schäden an Gütern und Menschen zu erlangen. Aber Frankreich darf und muß für sich allein 375 Milliarden resp. 463 Milliarden erwarten.

Diese Summe kann Deutschland zahlen, meint Herr Klotz. Vor dem Kriege habe in Deutschland die jährliche Produktionssumme um 10 Milliarden die Verbrauchssumme überstiegen. Infolge der jetzigen hohen Preise der Fabrikate könne man diese Summe verdoppeln. — Was ist das für eine volkswirtschaftliche Weisheit! Die erhöhten Fabrikatpreise könnte man doch nur dann als reine Überschufsumme einstellen, wenn alle übrigen Gegenstände des täglichen Bedarfs auf dem alten Preisniveau stehen geblieben wären. Der französische Finanzminister verspricht auch, daß Deutschland für die Tilgung der eigenen, der Inlandsschulden, und den Zinsendienst für die Wiederbekämpfung seiner Arbeits- und Handelskraft, ja sogar für die Zuschüsse zu den vom Auslande gelieferten Lebensmitteln so große Summen braucht, daß der deutsche Steuerzahler schon jetzt überlastet wird, noch bevor wir an die Abzahlung der beklemmenden Kriegsverpflichtungen gehen können.

Herr Klotz muß das verschweigen, um den besorgten Franzosen eine Bata morgana zu zeigen, die aber nicht wie ein Traumbild aussehen soll; darum erhebt sie sich über trockenen (und doch recht fettigen) Zahlen. Zahlen sind ja immer besonders hemelstrahlend. Herr Klotz hat, um seine plantastischen Bittern nicht selber zu diskreditieren, noch vieles andere verschwiegen. Das heutige Deutschland ist nicht das von 1914. Den Verlust an Einwohnern durch Kriegstod und Abtrennung wollen wir nur streifen. Vor dem Kriege standen den deutschen Unternehmern die Tore der ganzen Welt offen. Sie kauften überall Rohstoffe und machten daraus Fertig- und Halbfertigfabrikate, die sie draußen umsetzten. Das hat aufgehört und wird mit Hilfe der unsen Handel aus Konkurrenzrücksichten hemmenden Feinde so rasch in halbwegs gedeihlichem Umfang nicht wiederkommen. Man nimmt uns ferner im Osten große Teile fruchtbarer Getreideprovinzen, man nimmt uns Elb-Lothringen mit seiner Steuerbevölkerung, mit seinen Erzschätzen, mit seinem Kalz! Man nimmt uns die Kolonien. Man entzieht uns das wichtigste Antriebsmittel für die Fabriken: die Kohle. Obendrein ist der Arbeitsvertrag geknickt, weil die Arbeitsunlust gewachsen ist, die sich schwerlich heben wird, wenn der Gegner fast alles an sich reißen will, um zu seinen Entschädigungen zu kommen. Man arbeitet nicht gern für den Feind. Herr Klotz aber legt seinen Berechnungen die „Lafache“ zugrunde, daß Deutschland vor dem Krieg zehn Milliarden Produktionsüberschuf erzeugt habe, die man jetzt — verdoppeln könnte!

„Intransigent“, ein rechtsstehendes Blatt, nennt mit Recht die Hoffnungen, die man auf die Zahlungsfähigkeit Deutschlands setze, abenteuerlich. Und „Leure“ stöhnt: Damit uns die notwendige Garantie für die Bezahlung unserer Schulden nicht enttäuscht, sind wir dazu verurteilt, an der wirtschaftlichen Wiedererstarung des von uns besiegten Feindes zu arbeiten und eine Handels- und Industrientwicklung zu begünstigen, die eigentlich unsere Konkurrenz ist.

Begleitender Ragenjammer des Siegers! Er sieht ein, daß er die Ruh, die die Welt geben soll, nicht verhungern lassen darf, und er beginnt ferner zu erkennen, daß die Ruh ihm lange nicht so viel Milch liefern kann als er erhofft hat und er braucht. Man hat dem französischen Volk zu verhehlern gewußt, daß es nicht allein Opfer bringe, sondern daß auch der Gegner Ungeheuerliches leide und am Schlusse eines langen Krieges genau so erschöpft sein wird wie der Sieger. Es gibt nur einen Ausweg: den der Verständigung unter gerechter und humaner Abwägung dessen, was der Besiegte ohne Schaden leisten kann; Revision des Gewaltfriedens von Versailles in dem Sinne, daß es ein wirklicher Friedensvertrag wird.

Sch.

## Einigung in Oberschlesien.

Sehung der Arbeitsleistungen.

Laut Meldung der Pressestelle des Reichs- und Staatskommissariats für Schlesien und Westpreußen ist bei den Kattowitzer Einigungsverhandlungen zwischen Arbeitgebern des Oberschlesischen Zentralindustrieverbands eine Entscheidung angenommen worden, in der erklärt wird, daß der Arbeitswille und die Arbeitsleistungen unbedingt gehoben und die den gesetzlichen Bestimmungen entsprechende Ordnung im Betriebe der Guben und Hütten schleunigst hergestellt werden muß, wenn nicht das Wirtschaftsleben völlig zerstört und damit auch die Existenzmöglichkeit der Arbeitnehmer schließlich vernichtet werden soll. Da der Pflicht zur Arbeit das Recht auf Arbeit gegenübersteht, verpflichten sich die Arbeitgeber, diejenigen männlichen Arbeiter, die seit dem 15. Juli 1919 entlassen worden sind, und seitdem keine andere Beschäftigung in ihrem Hauptberufe gefunden haben, baldmöglichst wieder einzustellen, sofern sie nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen die sofortige Entlassung vermerkt haben. Von der Belegschaft gemahregelte Angestellte, soweit über diese nicht bereits endgültig entschieden wurde, frühere Grenzschutzangehörige, sowie alle von Arbeitern gemahregelte und terrorisierte Mitglieder der Belegschaft sollen die Arbeit sofort auf ihren alten Stellen wieder aufnehmen. Denjenigen, die sie an der Arbeit verhindern, ist von der Verwaltung zu kündigen. Den Arbeitern wird das Recht zugestanden, berechtigte Beschwerden über grobe Verfehlungen ihrer Vorgesetzten durch die Organisation bei den Bergverwaltungen, in zweiter Reihe beim Arbeitgeberverband, betreiben zu können. Betriebs- oder sonstige Versammlungen während der vertragsmäßigen oder der gesetzlichen Arbeitszeit haben zu unterbleiben. Verabstamt der Arbeiter durch etwaige Versammlungen die Arbeitszeit, so hat er dafür keinen Anspruch auf Lohn. Maßregelungen wegen politischer oder gewerkschaftlicher Zugehörigkeit dürfen nicht stattfinden.

Die Entschliebung wurde von dem Arbeitgeberverband der Berg- und Hüttenindustrie Oberschlesiens und sämtlichen in Betracht kommenden Arbeitnehmerorganisationen gegen die Stimme des Vertreters des polnischen Zentralverbandes angenommen.

## Die Mörder der russischen Zarenfamilie.

Berichte aus Dmsk in Sibirien teilen Einzelheiten über den bevorstehenden Prozeß gegen die 163 Personen, die an der Ermordung der Zarenfamilie beteiligt waren, mit. Die von der Dmsker Regierung seinerzeit an Ort und Stelle entsandete Senatskommission hat die Leichen des Großfürsten Sergius, der Großfürstin Elisabeth und die Leichen der anderen Mitglieder der Familie Romanow auffinden können. Die Ermordeten wurden in der nächsten Nähe von Perm in einem gemeinsamen Grabe aufgefunden. Die Leichen konnten größtenteils agnosziert werden und wurden nach Dmsk geschafft. Unauffindbar sind nur die Leichen des Zarenpaares geblieben. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Leichen des Zaren und der Zarin bei Beginn des Gemetels an der kaiserlichen Familie in Stücke gehackt und auf einem offenen Scheiterhaufen verbrannt wurden. Nach dem Kaiserpaar wurde der Thronfolger, der die Ermordung seiner Eltern mit angesehen hatte, niedergemacht. Auch seine Leiche wurde verbrannt. Die Auffindung des Grabes, in das die Leichen der kaiserlichen Familie geworfen wurden, war einem seltsamen Zufall zu verdanken. Einer der Lieblingshunde einer Tochter des Zaren war zurückgeblieben und lief täglich von seiner neuen Pflegsstätte, die er bei einem Bauern gefunden hatte, nach dem Blabe, wo die Leiche seiner Herrin lag. Auf diese Weise wurde das Massengrab entdeckt, das die Mörder unkenntlich gemacht hatten. Die Leichen waren übrigens vollkommen ausgeraubt, auch alle Ringe waren von den Fingern gezogen.

Der Bericht der Untersuchungskommission der Dmsker Regierung über die Ermordung der russischen Kaiserfamilie soll in mehrere Sprachen überfetzt und der europäischen Welt als Beweis für die Schandtaten der Bolschewiki bei Beginn des Prozesses zugleich mit den übrigen Akten vorgelegt werden.